Die „Abraham-Abkommen“

Zeitenwende im Nahen Osten - neue Chance für die EU

Von Kerstin Müller

Am 15. September 2022 jährt sich zum zweiten Mal die Unterzeichnung der Abraham-Abkommen zwischen dem damaligen israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den Außenministern der Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Bahrein sowie dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump. Zu diesem Zeitpunkt hatte keiner vermutet, dass diese Abkommen eine Dynamik entfalten würden, wie es seit den Osloer Verträgen 1993 und späteren Verhandlungen in Camp David 2000 wohl keinen anderen Vereinbarungen zwischen Israel und seinen Nachbarn gelungen ist.

Weitere Abkommen kamen mit dem Sudan am 23. Oktober und mit Marokko am 20. Dezember 2020 hinzu. Staaten wie z.B. Oman wollen sich in der Zukunft anschließen. Vor allem aber folgten der Unterzeichnungszeremonie zahlreiche hochrangige bi- und trilaterale Treffen in der Region. Jedes dieser Treffen war begleitet von hochrangigen Delegationen und hatte konkrete Vereinbarungen und Abkommen zum Ausbau der Beziehungen in ökonomischer und sicherheitspolitischer Hinsicht sowie auch in den Bereichen Tourismus, Kultur und Technologie zur Folge.

Den vorläufigen Höhepunkt stellte eine hochrangige Konferenz im Negev am 27. und 28. März 2022 dar, bei der sich auf Einladung des israelischen Außenministers Lapid die Außenminister Ägyptens, Bahreins, der VAE, Marokkos und den USA zu einem Austausch zu internationalen und regionalen Themen trafen und die – wäre die internationale Politik nicht gerade von Putins Krieg in der Ukraine beherrscht – noch stärker die internationalen Headlines dominiert hätte.

Die Abkommen selbst sind sehr simpel gehalten.[1] Dennoch stellen sie einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel gegenüber der Nahostpolitik der letzten Jahrzehnte dar, der die bisherigen Parameter der Region vom Kopf auf die Füße stellt. In der Vergangenheit war die internationale Nahostpolitik vor allem durch den israelisch-palästinensischen Konflikt geprägt. Die Osloer Verträge von 1993 hatten festgelegt, dass nach einer fünfjährigen Interimsphase ein palästinensischer Staat gegründet werden sollte, was bis heute nicht umgesetzt wurde. Die meisten arabischen Staaten betrachteten Israel weiter als einen „Fremdkörper“ im Nahen Osten und bestritten sein Existenzrecht in der Region. Spätestens seit der saudischen Friedensinitiative von 2002 lauteten die Parameter sämtlicher internationaler Bemühungen zur Konfliktlösung: Anerkennung des Existenzrechts Israels und Normalisierung der Beziehungen nur gegen einen palästinensischen Staat. Auch der Frieden mit Ägypten (1979) und mit Jordanien (1994) blieb aus diesen Gründen stets ein „Kalter Frieden“.

Vor diesem Hintergrund wird der Paradigmenwechsel deutlich, den die Abkommen bedeuten: Sie erlauben eine Normalisierung der Beziehungen Israels zu seinen Nachbarstaaten, ohne dass hierfür die Gründung eines palästinensischen Staates und der Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten verlangt wird.

Kein Wunder also, dass die Palästinenser die Abkommen scharf ablehnten und sich als Verlierer des Prozesses sehen. Fakt ist, dass diese durch die Abkommen zunächst weiter marginalisiert werden. Dies mag auch der Grund sein, warum die EU die Abkommen sehr zurückhaltend kommentierte und

bis dato keinen eigenen Zugang zu dem Prozess gefunden hat. Betrachtet man aber die Abkommen im Einzelnen sowie die zahlreichen Vereinbarungen, die infolge der Unterzeichnung abgeschlossen wurden, so haben diese tatsächlich das Potential, die Beziehungen zu einer echten strategischen Partnerschaft zwischen den sunnitischen Staaten der Region und Israel zu entwickeln.[2]

Die Verschiebung der Prioritäten in Nahost

Dabei kam die Unterzeichnung nicht überraschend. Der Prozess der diplomatischen Annäherung zwischen Israel und den beteiligten arabischen Staaten begann bereits lange vor Trumps Amtsantritt. Er nahm an Geschwindigkeit auf, nachdem der Iran seit dem zweiten Irakkrieg seine Hegemonie in der Region systematisch auszubauen begann.

Die Prioritäten in Nahost begannen sich grundlegend zu verschieben und der sunnitisch-schiitische Konflikt prägt seitdem die Auseinandersetzungen in der Region stärker als der israelisch-palästinensische. Das schiitische Regime in Teheran führt mithilfe seiner Proxies Stellvertreterkriege gegen die sunnitischen Staaten wie Saudi-Arabien in Syrien, im Jemen und auch im Libanon und baut so seine Vormachtstellung aus. Der Beginn der internationalen Verhandlungen der P5+1 mit dem Iran über dessen Nuklearprogramm im November 2013 bis Juli 2015, dem sogenannten JCPOA, brachte die arabischen Staaten und Israel einander noch näher. Sie teilten die Skepsis über ein Abkommen mit dem Iran und die Einschätzung, dass die EU und die damalige US-Regierung unter Barack Obama den Iran unterschätzen würden. Dabei betonen sie bis heute neben dem Nuklearprogramm auch die Gefahr des ballistischen Raketenprogramms, das nicht Teil der internationalen Verhandlungen ist. Auch der brutale und seit 2011 andauernde syrische Bürgerkrieg lenkte den regionalen Schwerpunkt stärker auf die Golfstaaten.

Der schleichende Rückzug der USA aus dem Nahen Osten aufgrund der Neuorientierung in Richtung Asien (Pivot to Asia) machte die Notwendigkeit einer engeren regionalen Kooperation noch dringender.[3] Das wird den Willen verstärkt haben, ein Gegenbündnis zu schmieden, um die gemeinsamen Interessen gegenüber den USA und den internationalen Staaten entschiedener vertreten zu können. In diesem Kontext wurde so auch Israel für die arabischen Staaten ein willkommener Partner. Frei nach dem Motto: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund" waren alle Seiten nun auch zur offenen Zusammenarbeit bereit. Das war die Geburtsstunde der Abraham-Abkommen.

Strategische Agenda für den Nahen Osten – ökonomische und militärische Kooperation

Der inhaltliche Schwerpunkt der Abraham-Abkommen liegt auf dem Ausbau der ökonomischen sowie militärischen Kooperation. Das Abkommen mit den VAE[4] umfasst neben den regionalen Zielen Frieden und Stabilität zusätzlich Finanzen und Investitionen, Wissenschaft und Technologie, Tourismus, Kultur und Bildung, Energie und Umwelt sowie Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Gegenseitiges Verständnis der jeweils anderen Seite soll durch kulturelle und wissenschaftliche Austauschprogramme, insbesondere für die Jugend, ausgebaut werden. Auch Programme zur Bekämpfung von „Extremismus, Hass und Terrorismus" stehen auf der Agenda. Dazu soll ein permanentes „High-Level Forum für eine friedliche Koexistenz" eingerichtet werden.

Die regionalen Ziele einer „Strategischen Agenda für den Mittleren Osten" für den Ausbau der „diplomatische[n], handelspolitische[n] und stabilitätspolitische[n] Kooperation" klingen recht ehrgeizig.[5] Doch angesichts der zahlreichen Folgetreffen und Vereinbarungen scheinen die Partner willens, diese umzusetzen. Ein Anzeichen für die erfolgte Ausweitung der handelspolitischen Kooperation ist der Umstand, dass das Handelsvolumen (180 Mill. $ Volumen im Jahr 2020) 2021 bereits auf 1 Mrd. $ angestiegen ist. Es umfasst vor allem Diamanten, industrielle Güter, Tourismus und Dienstleistungen.

Hierin liegt die große Chance für die Region.[6] Mit der wirtschaftlichen Integration kann ein Anstieg der BIPs erreicht werden, der mehr Stabilität zur Folge hätte und damit internationale Investoren anziehen

könnte. Bisher liegt der Nahe Osten weit hinter jeder anderen Region der Welt. Zum Vergleich: während in der EU 66 Prozent des Handels mit anderen EU-Staaten stattfindet, sind es hier nur 13 Prozent. Nach Schätzungen von RAND könnte ein plurilaterales Freihandelsabkommen der Länder der Region ein Wachstum des BIP von 2 bis 3 Prozent für jedes der Länder bedeuten.[7] Der Anfang wurde bereits durch das am 01. April 2022 unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen Israel und den VAE gemacht. Die von der EU teilweise etwas belächelten Abraham-Abkommen haben also eine Dynamik in Gang gesetzt, die sogar weit über das hinausgehen könnte, was einst auf dem Papier anvisiert wurde.

Auch im Bereich einer verstärkten sicherheitspolitischen Kooperation ist bereits einiges geschehen. Im Oktober 2021 nahm der Chef der Luftstreitkräfte der VAE das erste Mal überhaupt als Beobachter an einem israelischen Manöver teil. Und nachdem Israel eine Kontaktperson beim US CENTCOM führen darf, hat es auch hier gemeinsame Militärübungen gegeben. Dazu gehört ein maritimes Manöver im November 2021, an dem auch Offiziere aus Bahrein und der VAE teilnahmen.[8] Aber nicht nur gemeinsame Manöver finden statt. Als im Januar 2022 eine Attacke der Huthi auf Abu Dhabi stattfand, war der israelische Präsident Herzog vor Ort auf Staatsbesuch. Er bot den VAE daraufhin militärisches Gerät wie Raketenabwehrsysteme und Drohnen an.[9] Eine Vereinbarung darüber folgte.[10] Im Februar 2022 unterzeichnete der israelische Verteidigungsminister Gantz das erste Verteidigungskooperationsabkommen mit Bahrein.[11]

Das US-amerikanische Interesse an den Abraham-Abkommen

Klar ist allerdings auch: Ohne eine intensive diplomatische Anstrengung und Leistungen der USA wären die Abkommen nicht zustande gekommen. Sie erklärten sich zur Lieferung von F-35 Kampfflugzeugen an die VAE bereit. Marokko verlangte von den USA die Anerkennung der Souveränität über die West-Sahara und Sudan die Streichung von der US-Terror-Liste.[12] Einige Experten meinen, dass der Ausbau dieser sicherheitspolitischen Kooperation darüber hinaus von hohem grundsätzlichem Interesse für die USA ist.[13] Denn da die USA langfristig vorhaben, sich aus der Region sukzessive zurückzuziehen, brauchen sie Partner vor Ort, die die amerikanischen Interessen weiter vertreten.[14]

Hochrangige Treffen zwischen den Unterzeichnern der Abraham-Abkommen

Tatsächlich begrüßte die US-Administration von Präsident Biden die Abraham-Abkommen von Beginn an und arbeitet intensiv an ihrem Ausbau. Dies war zuletzt dadurch sichtbar, dass Außenminister Blinken an der Negev-Konferenz teilnahm und den demonstrativen Schulterschluss mit den regionalen Akteuren suchte.[15] Auf der anschließenden Pressekonferenz betonte er: „Das ist ein neuer Abschnitt. Die USA haben und werden auch weiterhin sehr stark einen Prozess unterstützen, der die Region und weit darüber hinaus transformiert." [16] Er versicherte außerdem, dass die USA „den Staaten der Region helfen würde, Iran und seine Proxies zu bekämpfen." Der Verweis Blinkens auf den Iran diente dazu, das Vertrauen der Konferenzteilnehmer wiederherzustellen, die einer Neuauflage der Vereinbarungen mit dem Iran skeptisch gegenüberstehen. Daran, dass die demokratische US-Administration eine solche Neuauflage des JCPOA anstrebt, besteht kein Zweifel.[17]

Die internationalen Verhandlungen, an denen auch die EU, Russland und China teilnehmen, haben in Wien begonnen und scheinen selbst während der russischen Invasion der Ukraine fortgesetzt zu werden, möglicherweise sogar kurz vor einem Abschluss zu stehen.[18] Die Teilnehmer der Negev-Konferenz haben deshalb ihrerseits in Absprache miteinander Sicherheitsgarantien der USA gefordert, sollte ein Deal mit dem Iran abgeschlossen werden. Israel und die VAE stellten Forderungen nach einer stärkeren Kooperation der Geheimdienste sowie einer Aufrüstung der Luftabwehrsysteme.[19]

Dies zeigt, dass das Bündnis nicht nur den Partnern selbst nutzt, sondern auch den USA, die ihre Sicherheitsinteressen mit den verschiedenen Akteuren und Partnern der Region besser abstimmen können. Dies betrifft darüber hinaus auch die Einbindung anderer Staaten der Region, wie z.B. Ägyptens und auch der Türkei. So war Ägypten nicht nur bei der Negev-Konferenz dabei. Bereits im Vorfeld gab es ein Abstimmungstreffen zwischen Ägypten, den VAE und Israel in Scharm El-Scheich.[20] Auch die israelischen Beziehungen zur Türkei, die seit dem Jahr 2018 abkühlten, werden neu justiert. Bisheriger Höhepunkt war eine Reise von Präsident Herzog am 9. März in die Türkei.[21] Weitere Treffen sollen folgen. Auch diese Entwicklung liegt nicht nur im israelischen, sondern auch im amerikanischen Interesse, da die Türkei ein Mitglied der NATO ist.

Kritik an den Abkommen: Palästinenser im Abseits – Saudi-Arabien an Bord

Das Hauptproblem der Abkommen liegt wohl darin, dass vor allem die Palästinenser bisher von diesem dynamischen Prozess ausgeschlossen sind. Der Normalisierungsprozess geht nicht nur an ihnen vorbei. Mit dem Wechsel der politischen Prioritäten ist der israelisch-palästinensische Konflikt noch einmal mehr marginalisiert worden. Die Palästinenser sehen sich daher auch als Verlierer und bezeichneten die Abkommen als „Verrat an der palästinensischen Sache und einen Stich in den Rücken".[22]

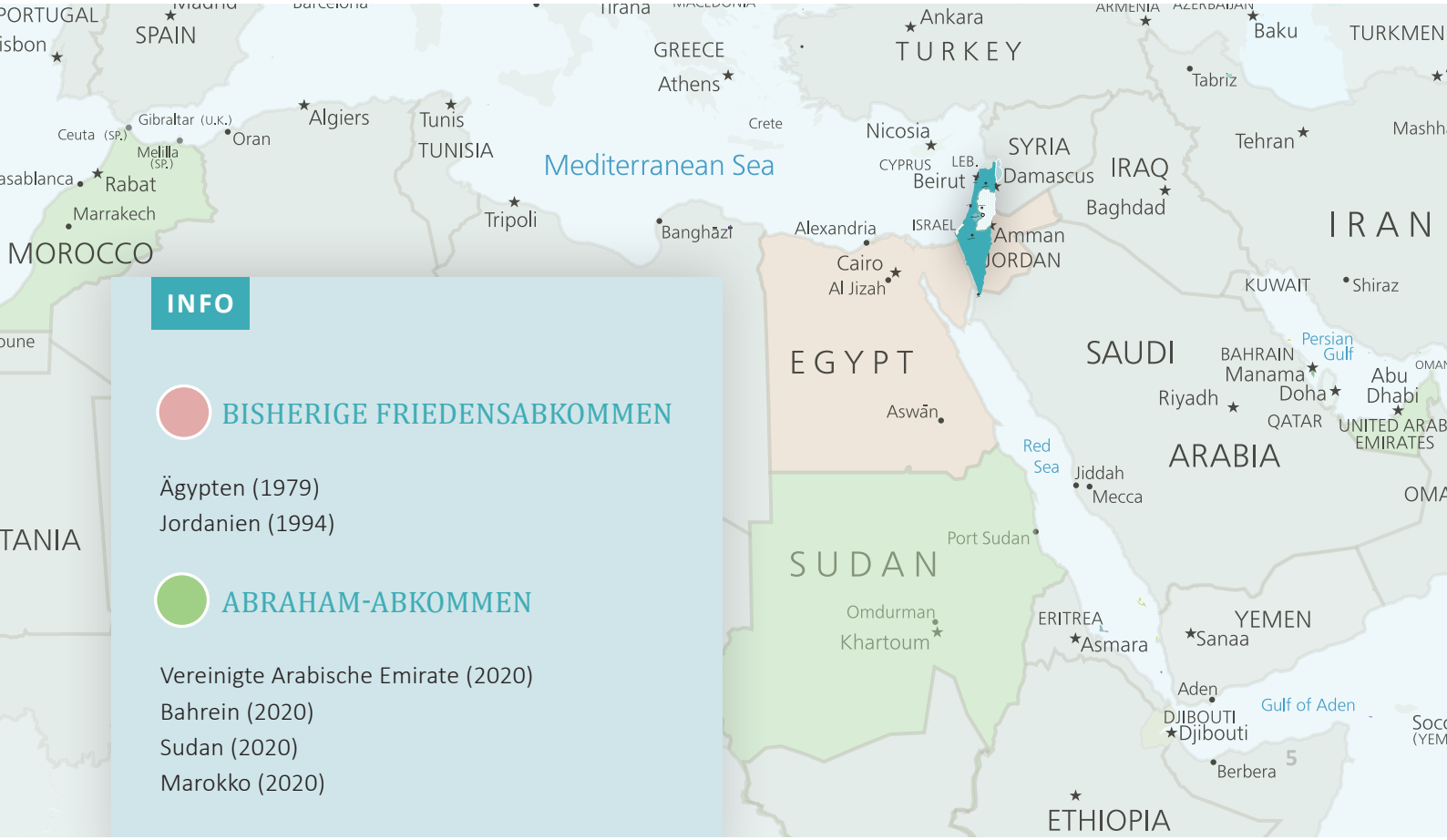
Die palästinensische Frage wird von den arabischen Staaten aber nicht erst seit den Abraham-Abkommen als Last empfunden. Deutlich wurde das an verschiedenen Äußerungen Saudi-Arabiens, einem Hauptakteur der Region. Von Kronprinz Mohammad bin Salman sind mehrere Aussagen bekannt, in denen er die Palästinenser auffordert, sich kompromissbereiter zu zeigen. Erst jüngst sagte er dem US-Magazin „The Atlantic", dass man „auf Israel nicht mehr als Feind schaue, sondern viele Interessen habe, die man gemeinsam verfolgen wolle." Und weiter sagte er, er „hoffe, dass der Konflikt zwischen den Israelis und den Palästinensern gelöst sei."[23]

Vor dem Hintergrund, dass Saudi-Arabien und Israel nach wie vor keine diplomatischen Beziehungen haben, sind das erstaunliche Äußerungen. Die Abraham-Abkommen wären nicht ohne die Zustimmung Saudi-Arabiens zustande gekommen. Weder Bahrein wäre Vertragspartner geworden, noch wäre der erste historische Flug von Tel Aviv nach Abu Dhabi über saudisches Gebiet im August 2020 ohne saudi-arabische Genehmigung möglich gewesen. Währenddessen bemühen sich die USA, Saudi-Arabien noch stärker einzubinden. Außenminister Blinken rief nur wenige Stunden nach der Negev-Konferenz den saudischen Außenminister an und informierte ihn über das Treffen. Natürlich ist bis zu einer Nor-

malisierung der Beziehungen mit Saudi-Arabien noch ein langer Weg. Offiziell hält Riad an der Formel der Friedensinitiative von 2002 fest. Aber es ist bekannt, dass der Kronprinz bin Salman der Normalisierung mit Israel auch ohne einen palästinensischen Staat wesentlich offener gegenübersteht als sein Vater König Salman. Möglicherweise nutzt auch Saudi-Arabien die Palästinenser als Faustpfand für eigene Interessen. So soll Saudi-Arabien eine Wunschliste an die USA übergeben haben.[24]

Darüber hinaus ist es auch gerade für die neue demokratische US-Regierung innenpolitisch schwierig, einfach zur Tagesordnung mit Saudi-Arabien überzugehen. Erst im Wahlkampf kündigten die Demokraten an, das Verhältnis aufgrund von Menschenrechtsverletzungen sowie der Ermordung des Journalisten Jamal Kashoggi neu bewerten zu wollen. Menschenrechtliche Fragen kann man nun nicht einfach über Bord werfen.[25] Dennoch ist offensichtlich, dass die demokratische US-Administration langfristig beabsichtigte, Saudi-Arabien in das Bündnis zu integrieren – zu wichtig sind die sicherheitspolitischen Interessen in der Region.

Ähnlich kann eine demokratische US-Regierung die Forderung nach einer Zwei-Staaten-Lösung, für die alle demokratischen Vorgängerregierungen intensiv eingetreten sind, nicht einfach bei Seite schieben. Allerdings beabsichtigt die Biden Administration selbst keinen eigenen Vorstoß im israelisch-palästinensischen Konflikt. Erfahrene Experten wie Martin Indyk und andere raten davon ab. Der Konflikt „erfordere vielmehr ein kluges Management“, da „zurzeit keine Bedingungen für eine Lösung des Konfliktes existierten“.[26] Daher sei „eine US-Initiative, ohne dass die Akteure vor Ort es verlangten, nicht zu empfehlen.“[27] Vor diesem Hintergrund bringen einzig die Abraham-Abkommen zur Zeit Bewegung in die Region. Und auch wenn Blinken bei der gemeinsamen Pressekonferenz immerhin bemerkte, dass dieser Prozess eine Zwei-Staaten-Lösung nicht



ersetzen kann, so genießen die Abkommen doch die volle Unterstützung der US-Regierung.

Rolle der EU – nur Zaungast oder wieder Akteur?

Die EU scheint bisher nur Zaungast des Normalisierungsprozesses zu sein. Ihre Reaktion auf die Abraham Abkommen fällt sehr verhalten aus. Sie betont, dass die Abkommen Verhandlungen für eine Zwei-Staaten-Lösung des Konflikts nicht ersetzen können und beide Seiten an den Verhandlungstisch zurückkehren sollten. Diese Erwartung erscheint allerdings vor dem Hintergrund der erfolgreichen Integration Israels in die Region und der voranschreitenden Normalisierung unrealistisch.

Vielmehr versucht Premierminister Bennett, der der Siedlerpartei voransteht, der Frage eines palästinensischen Staates auszuweichen. So zuletzt auf der Negev-Konferenz, wo man zwar über eine Verbesserung der ökonomischen Situation der Palästinenser sprach, nicht aber über diplomatische Initiativen. Das ist die Kompromissformel der neuen Regierung in Israel. Sie besteht derzeit aus acht Parteien und umfasst das gesamte politische Spektrum von ganz links über die Zentrumspartei bis nach rechts, einschließlich einer arabischen Partei. Die Akteure, sowohl auf der israelischen als auch auf der palästinensischen Seite, sind so blockiert, dass auch deshalb jede externe Initiative, die auf die Zwei-Staaten-Lösung setzt - und erst recht eine Initiative der EU - scheitern muss. Daher wirkt die EU wahrscheinlich so gebremst – angesichts der jahrzehntelangen Blockade im Konflikt scheint sie mit ihrem diplomatischen „Latein“ am Ende. Sie ist der letzte verbliebene Unterstützer der Palästinenser, aber sie wirkt macht- und wirkungslos, weil sie schon länger kein Spieler mehr in der Region ist.

So lautet die Frage, wie die EU wieder vom Zaungast zum Akteur werden kann. Gerade angesichts dessen, dass die Amerikaner sich langfristig aus der Region zurückziehen wollen, wäre die EU als Akteur in Nahost gefragt. Vor dem Hintergrund, dass das Bündnis der Staaten der Abraham-Abkommen gerade eine rasante Dynamik in der Region entfaltet, ist es an der Zeit, dass sich nicht nur die Palästinenser, sondern auch die EU und Deutschland den neuen Realitäten in Nahost stellen.[28]

Die EU und Deutschland müssen sich den neuen Realitäten in Nahost stellen

Dies betrifft zum einen die Zwei-Staaten-Lösung. Diese wird so, wie in Oslo anvisiert, voraussichtlich nicht mehr realisiert werden.[29] Das Konzept von zwei Staaten, die voneinander getrennt nebeneinander existieren, ist zurzeit völlig unrealistisch, da die wichtigsten politischen Bedingungen für seine Durchsetzung nicht mehr gegeben sind.[30] Die arabischen Staaten haben, wie dargestellt, inzwischen andere Prioritäten und sind voll und ganz damit beschäftigt die Hegemonialbestrebungen des schiitischen Feindes in Teheran zurückzudrängen. Auch die USA verfolgen andere Prioritäten und haben sich mittlerweile auf ein reines „Management“ des Konfliktes eingestellt.

Die wichtigsten Akteure vor Ort, allen voran Israel, richten sich im Status-Quo ein. Vor allem die Bevölkerungen auf beiden Seiten glauben nicht mehr daran, dass eine Zwei-Staaten-Lösung ein „Ende des Konfliktes“ bringen wird. Damit fehlt zumindest für die Israelis die wichtigste Motivation für neue Verhandlungen und einen Friedensschluss. Selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass die israelische Seite sich mit der regierenden Fatah einigen könnte, ist auf der palästinensischen Seite die Hamas nach wie vor nicht zu einem Friedensschluss bereit und wird jede „drohende“ Vereinbarung vermutlich mit Anschlägen und Angriffen aus Gaza konterkarieren.

Die EU muss vor diesem Hintergrund endlich anfangen, sich strategisch neu aufzustellen.[31] Sie sollte sich generell für einen Dialog über alternative Lösungsansätze und Modifikationen offen zeigen. Denn schon lange arbeiten Akteure auf beiden Seiten der Zivilgesellschaft an neuen Wegen und Modellen,[32] wie die einer Konföderation[33] oder Föderation. Beide Modelle eint, dass sie die jüdische Mehrheit Israels nicht in Frage stellen, aber den veränderten Realitäten vor Ort Rechnung tragen. Dazu gehört die Initiative „Two states, One homeland“.[34] Selbst Architekten der Zwei-Staaten-Lösung und Vertreter der Genfer

Initiative wie Yossi Beilin rücken inzwischen von den Osloer Vereinbarungen ab und favorisieren das Konzept einer Konföderation.[35] Der Rückzug von über 300 000 Siedlern sei unrealistisch.

Spätestens jetzt sollten die EU und Deutschland sich für diese Debatten und neuen Vorschläge öffnen und nicht weiter das Konzept einer strikten Trennung als alternativlos betrachten. Denn auch die neuen Lösungsvorschläge streben nach einem friedlichen Ausgleich zwischen den Völkern, orientieren sich aber wesentlich näher an den neuen Realitäten in Nahost. Es wäre wichtig, mit der Zivilgesellschaft Kontakt aufzunehmen, Diskussionsrunden und Projekte zu genau diesem Thema zu fördern und alle Bevölkerungsgruppen, inklusive gemäßigter Siedler sowie Palästinenser aus der West Bank und Gaza einzubeziehen. Selbst auf dieser Ebene verweigert sich die EU bisher und setzt weiter allein auf die offiziellen Repräsentanten der palästinensischen Autonomiebehörde für Gespräche. Diese hat aber in der eigenen Bevölkerung stark an Ansehen verloren und wird von vielen schon längst nicht mehr als ihre legitime Repräsentanz betrachtet.

Chance für eine neue strategische Orientierung der EU

Die Abraham-Abkommen bieten Anknüpfungspunkte für eine neue strategische Orientierung hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts. So wird im Abkommen mit den VAE und mit Bahrein explizit darauf Bezug genommen und die Absicht bekundet, dass eine friedliche Lösung gefunden werden müsse. Vor allem im Hinblick auf die intensive wirtschaftliche Kooperation der neuen Partner bietet sich die Chance, trilaterale Projekte zwischen Israel, den Palästinensern und arabischen Staaten wie den VAE und Bahrein zu konzipieren, als auch die Palästinenser an dieser Öffnung teilhaben zu lassen. Das hätte auch die Zustimmung der israelischen Seite. Auf der palästinensischen Seite müsste noch Überzeugungsarbeit geleistet werden. Aber ökonomischen Vorteilen wird sie sich auf Dauer wohl nicht verweigern können. Die EU könnte einen Fonds zur Förderung solcher Projekte im Rahmen der Abraham-Abkommen auflegen. Neben wirtschaftlichen Projekten soll auch die gesellschaftliche Begegnung gefördert werden. Die Ideen dafür sind in den Abraham-Abkommen bereits angelegt, denn auch Kultur, Sport, gegenseitiger Jugendaustausch u.a. sollen in deren Rahmen ausgebaut werden. Weitere Themen für Kooperation sind Energiesicherheit, Wasser und Landwirtschaft. Vorbildlich hierfür ist das erst im November 2021 vereinbarte Energie- und Wasserprojekt zwischen Jordanien, den VAE und Israel.[36] Die VAE werden in Jordanien ein großes Solarkraftwerk bauen, das Israel mit Strom versorgen wird. Gleichzeitig bekommt Jordanien doppelt so viel Süßwasser aus Israel wie dem Land heute zur Verfügung steht.

Solche Projekte, die modernes technologisches Wissen mit den regionalen Bedürfnissen verbindet, gilt es zu entwickeln und zu fördern. Auch für die Palästinenser sollten solche Projekte von Interesse sein. In Deutschland könnte das neue deutsche Ministerium für Wirtschaft und Klima bei einer solchen Kooperation zur Förderung von Klimaschutz und Wirtschaft in der Region und dem gleichzeitigen Stärken des friedlichen Miteinanders federführend sein.

Fest steht: Wenn die EU und Deutschland in der Region langfristig wieder eine größere Rolle spielen wollen, müssen sie sich strategisch neu aufstellen. Dazu brauchen sie mehr Offenheit, um alternative Wege zu gehen, aber auch um alte überkommene Konzepte zu überdenken. Bis jetzt fehlt die Bereitschaft, alte Konzepte neu zu diskutieren und auf den Prüfstand zu stellen. Zentral wäre, einen offenen diplomatischen Dialog mit neuen Gesprächspartnern über neue Ideen zu wagen. Diplomatie war bisher immer eine der Stärken der EU. Die EU muss sich auf diese diplomatische Stärke besinnen und offen sein für Neues, wenn sie in der Region langfristig wieder eine Rolle spielen will.

Autorin

Kerstin Müller ist Senior Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Zuvor hatte sie verschiedene politische Positionen inne, u.a. als Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag, Staatsministerin im Auswärtigen Amt und außenpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag. Danach leitete sie das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Israel.

@Kerstin_Mueller

Quellenverzeichnis

1 **State Department of the United States:** „The Abraham Accords Declaration" in *https://www.state.gov/theabraham-accords/.*

2 **Singh, Michael:** „Axis of Abraham. Arab-Israeli Normalization Could Remake the Middle East" in *https://www.foreignaffairs.com/print/node/1128448, S.3.*

3 **Ebd.**

4 **State Department of the United States:** „Abraham Accords Peace Agreement: Treaty of Peace, Diplomatic Relations and Full Normalization between the United Arab Emirates and the State of Israel" in *https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/09/UAE_Israel-treaty-signed-FINAL-15-Sept-2020-508.pdf.*

5 **Ebd**.

6 **Singh, Michael:** „Axis of Abraham. Arab-Israeli Normalization Could Remake the Middle East" in *https://www.foreignaffairs.com/print/node/1128448.*

7 **Ebd**.

8 **The Jewish Institute for National Security of America:** „A Stronger and Wider Peace: A U.S. Strategy for Advancing the Abraham Accords" in *https://jinsa.org/wpcontent/uploads/2022/01/JINSA_Report_AbrahamAccords_v3-web.pdf, S.9,33.*

9 **Silverman, Jason:** „Abraham-Abkommen sichern Israel strategische Bündnisse im Nahen Osten" in *https://www.israelheute.com/erfahren/abraham-abkommen-sichern-israel-strategische-buendnisse-imnahen-osten/.*

10 **Ravid, Barak**: „Israel Offers to Help UAE Bolster Defenses after Houthi Attacks" in *https://www.axios.com/israel-uae-bolster-defenses-houthi-attacks-yemen-dbb1eae6-71fc-4a14-8facfe4046e43b61.html.*

11 **Silverman, Jason:** „Abraham-Abkommen sichern Israel strategische Bündnisse im Nahen Osten" in *https://www.israelheute.com/erfahren/abraham-abkommen-sichern-israel-strategische-buendnisse-imnahen-osten/.*

12 **The Jewish Institute for National Security of America**: „A Stronger and Wider Peace: A U.S. Strategy for Advancing the Abraham Accords" in *https://jinsa.org/wpcontent/uploads/2022/01/JINSA_Report_AbrahamAccords_v3-web.pdf, S.7*

13 **Ebd**., S.33-36

14 **Ebd., Singh, Michael:** „Axis of Abraham. Arab-Israeli Normalization Could Remake the Middle East" in *https://www.foreignaffairs.com/print/node/1128448, S.2*

15 **Magid, Jacob:** „For Israel, the Negev Summit was all about Iran. For other Participants, not so much" in *https://www.timesofisrael.com/for-israel-the-negev-summit-was-all-about-iran-for-other-participants-not-somuch/;* **Berman, Lazar/ Boxerman, Aaron:** „Announcing Permanent Regional Forum, Israel, Arab states laud Alliance, decry Terror" in *https://www.timesofisrael.com/announcing-permanent-regional-forum-israel-arab-states-laud-alliance-decryterror/?utm_source=The+Daily+Edition&utm_campaign=daily-edition-2022-03-28&utm_medium=email.*

16 **Magid, Jacob:** „For Israel, the Negev Summit was all about Iran. For other Participants, not so much" in *https://www.timesofisrael.com/for-israel-the-negev-summit-was-all-about-iran-for-other-participants-not-somuch/.*

17 **Lis, Jonathan:** „What New Iran Nuclear Deal may Look Like, and Why Israel Is Against It" in *https://www.haaretz.com/middle-east-news/iran/.premium-what-the-new-iran-deal-is-expected-to-look-likeand-why-israel-is-against-it-1.10624133.*

18 **Ebd., Lis, Jonathan:** „In Israel, Sullivan Says Deadline for Iran Nuke Talks Is "Within Weeks"" in *https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-in-israel-sullivan-says-deadline-for-iran-nuke-talks-will-endwithin-weeks-1.10487864;* **The Associated Press:** „"Pause" Needed in Iran Nuclear Talks but Final Text is ready, Says EU Top Official" in *https://www.haaretz.com/middle-east-news/iran/pause-needed-in-iran-nuclear-talks-but-final-text-is-ready9 says-eu-top-official-1.10668473;* **Parasiliti Andrew/Hagedorn Elisabeth: „The Takeaway:** Trump´s revenge as Biden deal with Iran stymied by IRGC sanctions" in *https://www.al-monitor.com/originals/2022/04/takeaway-trumps-revenge-biden-deal-iran-stymied-irgcsanctions.*

19 **Haaretz:** „Israel, UAE Ask U.S. for Security Guarantee if New Iran Nuclear Deal Signed, Report Says" in *https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-report-israel-uae-ask-u-s-for-security-guarantee-if-new-irannuclear-deal-signed-1.10673963.*

20 **Lis, Jonathan/ Reuters:** „Israel´s Bennett, UAE Crown Prince and Egypt´s Sissi Hold Summit to Boost Ties" in *https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-israel-s-bennett-uae-crown-prince-and-egypt-s-sissi-holdsummit-to-boost-ties-1.10690387.*

21 **Lis, Jonathan:** „Erdogan "Open to Genuine Dialogue", but Israel Has "No Illusions", President Herzog Says" in *https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-president-herzog-erdogan-open-to-genuine-dialogue-butisrael-has-no-illusions-1.10665798.*

22 **AFP:** „Saudi Crown Prince says Israel could be a "Potential Ally" in *https://www.timesofisrael.com/saudicrown-prince-says-israel-could-be-a-potential-ally/.*

23 **Ebd.**, The Times of Israel: „Blinken calls Saudi FM hours after Arab Foreign Minister Summit in Israel" in *https://www.timesofisrael.com/blinken-calls-saudi-fm-hours-after-arab-foreign-minister-summit-in-israel/.*

24 **Al-Monitor:** „Biden Aide, Saudi Crown Prince discussed Israel Normalization: Report" in *https://www.almonitor.com/originals/2021/10/biden-aide-saudi-crown-prince-discussed-israel-normalization-report.*

25 **Karlin, Mara/ Cofman Wittes, Tamara:** „How to Do More with Less in the Middle East. American Policy in the Wake of the Pandemic" in *https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2020-09-15/how-domore-less-middle-east.*

26 **Indyk, Martin:** „The U.S. Can Neither Ignore nor Solve the Israeli-Palestinian Conflict" in *https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2021-05-14/us-can-neither-ignore-nor-solve-israelipalestinian-conflict.*

27 **Goldenberg, Ilan:** „Biden Can Keep the Two-State Solution Alive" in *https://www.foreignaffairs.com/articles/middleeast/2021-06-21/biden-can-keep-two-state-solution-alive.*

28 **Müller, Kerstin:** „Europa muss sich den neuen Realitäten im Nahen Osten stellen" in *https://dgap.org/de/forschung/publikationen/europa-muss-sich-den-neuen-rea-li-tae-ten-im-nahen-ostenstellen.*

29 **Müller, Kerstin:** „Das Ende der Zwei-Staaten-Lösung" in *https://internationalepolitik.de/de/das-ende-derzwei-staaten-loesung?_ga=2.188158379.2090415191.1650983185192045 2256.1650983261.*

30 **Ebd., Rapoport, Meron:** „Do Good Fences Make Good Neighbors? The Israeli Left and the „Separation" Discourse" in *https://www.israel-peace.com/do-good-fences-make-good-neighbors/.*

31 **Müller, Kerstin:** „Das Ende der Zwei-Staaten-Lösung" in *https://internationalepolitik.de/de/das-ende-derzwei-staaten-loesung?_ga=2.188158379.2090415191.1650983185192045 2256.1650983261.*

32 **Rapoport, Meron:** „Do Good Fences Make Good Neighbors? The Israeli Left and the „Separation" Discourse" in *https://www.israel-peace.com/do-good-fences-make-good-neighbors/;* **TWO STATES, ONE HOMELAND:** *https://www.alandforall.org/english/?d=ltr.*

33 **Ebd., Haegi, Moritz:** „A Land for All? A Glimpse into a Shared Future" in *https://blogs.timesofisrael.com/aland-for-all-a-glimpse-into-a-shared-future/.*

34 **Ebd.**

35 **Krauss, Joseph:** „Ex-Israeli, Palestinian Negotiators propose Confederation" in *https://abcnews.go.com/International/wire Story/israeli-palestinian-figures-propose-state-confedera tion-82716266*; **Kaplan Sommer, Allison**: „"Holy Land Confederation": Oslo Accords Architect Presents New Peace Plan" in *https://www.haaretz.com/israel-news/.premium.HIGHLIGHT-holy-land-confederation-oslo-accords-architectpresents-new-peace-plan-1.10601495.*

36 **Dabbas, Rami:** „Wasser für Elektrizität: Israel und Jordanien schließen Abkommen" in *https://www.israelheute.com/erfahren/wasser-fuer-elektrizitaet-israel-und-jordanien-schliessen-abkommen/*